

08.12. 2021

Freie Wähler rügen das Verhalten der AfD Stadträte, nicht mehr an Präsenzsitzungen des Gemeinderates teilzunehmen und begrüßen das Schreiben der Verwaltung.

Die aktuelle Corona-Verordnung dient offensichtlich als willkommene Ausrede, „mangelnden Arbeitseifer“ rechtfertigen zu wollen

Die Verweigerung sich testen zu lassen, ist verantwortungslos und gefährdet die Gesundheit einer Vielzahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern; nicht nur im Rathaus

In einem Schreiben an Oberbürgermeister Horn haben die AfD-Stadträte Dr. Huber und Mandic angekündigt, „aus Protest und um ein Zeichen gegen die höchst diskriminierende Corona VO des Landes Baden-Württemberg zu setzen“ bis auf weiteres nicht an Präsenzsitzungen des Gemeinderats teilzunehmen. Woraufhin die Verwaltung ihnen geantwortet hat, dass sie gemäß § 34 Abs. 3 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg verpflichtet sind an den Sitzungen teilzunehmen.

Die Fraktion der Freien Wähler begrüßt das Antwortschreiben sehr. Denn ohne dass der Fraktion das AfD-Schreiben bekannt war, hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Johannes Gröger im Haupt- und Finanzausschuss am vergangenen Montag (06. Dezember 2021) unter großer Zustimmung der HFA-Teilnehmenden darum gebeten, Herrn Dr. Huber und Herrn Mandic darauf hinzuweisen, dass es eine Pflicht von gewählten Gemeinderätinnen und -räten ist, an den Sitzungen des Gemeinderates, den Ausschüssen etc. teilzunehmen.

Es drängt sich daher der Eindruck auf, als sei die Corona-Verordnung des Landes Baden-Württemberg für Herrn Dr. Huber und Herrn Mandic ein willkommener Anlass, um ihr bereits seit Monaten zelebriertes Fernbleiben von Sitzungen zu rechtfertigen. „Auch die AfD-Stadträte erhalten eine Aufwandsentschädigung und sollten dementsprechend ihren Pflichten nachkommen“, findet der Fraktionsvorsitzende Dr. Johannes Gröger, „dazu gehört eben auch die Teilnahme an Ausschuss- sowie Gremiensitzungen“. Denn durch die Unkenntnis des Inhalts von Ausschusssitzungen werden in den jeweiligen Gemeinderatssitzungen Fragen gestellt, die bei einer pflichtgemäßen

Pressekontakt:

Stadtratsfraktion Freie Wähler Freiburg
Fraktionsgeschäftsführerin: Barbara Meyer
Rathausplatz 2-4, 79098 Freiburg

Telefon: 0761-201.1850
E-Mail: fraktion@freie-waehler-fraktion-freiburg.de
www.fraktion-freie-waehler-freiburg.de

08.12. 2021

Teilnahme an den entsprechenden Sitzungen schon längst beantwortet gewesen wären.

„Was uns jedoch viel mehr irritiert, ist die Tatsache, dass Herr Dr. Huber und Herr Mandic ganz offensichtlich den Kern der Corona-Verordnung verkennen“, so Dr. Gröger, „denn diese besagt lediglich, dass für nicht immunisierte Personen eine Testpflicht besteht“.

„Den Beiden steht es frei, zu entscheiden, ob sie sich impfen lassen oder nicht“, sagt Dr. Johannes Gröger, „in der der Verordnung geht es darum, dass nicht immunisierte Personen durch eine Testung, soweit dies überhaupt möglich ist, sicherzustellen haben, dass Dritte nicht infiziert werden. Dies hat vorliegend die Verwaltung zu überprüfen, was unsere Fraktion ausdrücklich begrüßt und unterstützt.“

Von Erwachsenen und verantwortungsbewussten Mitbürgerinnen und Mitbürgern dieser Stadt, insbesondere auch von gewählten Vertreterinnen und Vertretern des Gemeinderates der Stadt Freiburg, darf so viel Rücksichtnahme verlangt werden, um eine Fremdgefährdung von Teilnehmenden von Präsenzsitzungen sicherzustellen. „Dies ist keine Frage der Einstellung zur Corona-Politik dieses Landes, sondern eine zutiefst humane und im Prinzip sich selbst beantwortende Fragestellung“, sagt der Fraktionsvorsitzende.

„In der Verweigerung sich testen zu lassen, liegt letztendlich auch eine Verweigerung der Teilnahme an Ausschusssitzungen vor“, konstatiert Dr. Johannes Gröger, „da ist es nur Folgerichtig, dass die Verwaltung dies mit Sanktionen belegen wird.“

Pressekontakt:

Stadtratsfraktion Freie Wähler Freiburg
Fraktionsgeschäftsführerin: Barbara Meyer
Rathausplatz 2-4, 79098 Freiburg

Telefon: 0761-201.1850
E-Mail: fraktion@freie-waehler-fraktion-freiburg.de
www.fraktion-freie-waehler-freiburg.de